

# Bericht der Beauftragten für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam 2025

Stadtverordnetenversammlung 3. Dezember 2025

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Ziele der Arbeit der Beauftragten für Kinder- und Jugendinteressen.....	3
Aufgabenbereich der Beauftragten.....	3
Die Perspektive von jungen Menschen in der aktuellen Zeit.....	4
Kinderrechte in der Praxis: Fortschritte und Herausforderungen .....	6
1. Der Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune Potsdam 2025–2028“ .....	7
2. Haltung – das Fundament kinder- und jugendfreundlicher Politik.....	8
3. Was benötigt ein Kind bis es groß ist oder wie freiwillig sind notwendige Unterstützungen für ein gesundes Aufwachsen? .....	10
4. Die Rolle der Beteiligung – vom Anspruch zur Alltagspraxis.....	11
5. Freizeit, Kultur und öffentliche Räume .....	15
6. Bildung, Übergänge, Schulabsentismus und Schulangst.....	16
7. Schutz und psychosoziale Gesundheit .....	18
Fazit und Ausblick.....	19

## Einleitung

Die Beauftragte für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam legt hiermit ihren ersten Jahresbericht vor. Ziel ist es, die **Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Potsdam** sichtbar zu machen, **Fortschritte in der Kinder- und Jugendpolitik** aufzuzeigen, bestehende **Herausforderungen kritisch zu analysieren** und konkrete Handlungsbedarfe abzuleiten.

Dieser Bericht betrachtet Kinder und Jugendliche nicht als „Zielgruppe“, sondern als **eigenständige Rechtsträger\*innen** – als Menschen, deren Anliegen, Lebensrealitäten und Expertise wir ernst nehmen müssen. Denn Kinderrechte sind geltendes Recht, kein unverbindliches Leitbild. Sie verpflichten die Kommune dazu, konsequent danach zu handeln: junge Menschen zu beteiligen, vor Benachteiligung zu schützen, ihnen faire Entwicklungsbedingungen zu sichern und ihre Interessen bei jeder Entscheidung mitzudenken.

Potsdam hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen: Beteiligungsverfahren, Sozialraumaktivitäten, Präventionsangebote und ein ambitionierter Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2025–2028“. Dennoch bleibt der Befund eindeutig: **Zwischen Anspruch und Wirklichkeit** bestehen deutliche Lücken. Die Kinder- und Jugendfreundlichkeit unserer Stadt wird weniger durch Programme bestimmt als durch Haltung, durch Prioritätensetzung und durch Entscheidungen in Haushalten, Räten und Verwaltungsvorgängen.

Die Arbeit der Beauftragten basiert auf der Grundlage der **UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK)**, die Deutschland 1992 ratifiziert hat und die somit geltendes Recht ist. Kinderrechte sind Menschenrechte. Sie verpflichten Kommunen, die Interessen junger Menschen in allen Entscheidungen, die sie betreffen, vorrangig zu berücksichtigen (Art. 3 UN-KRK), ihre Beteiligung zu sichern (Art. 12 UN-KRK) und ihnen Zugang zu Schutz, Förderung und Teilhabe zu garantieren.

Potsdam hat sich als **kinder- und jugendfreundliche Kommune** seit 2017 diesen Zielen verpflichtet und ist Teil des bundesweiten Programms der UNICEF und des Deutschen Kinderhilfswerks. Mit dem **Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune Potsdam 2025–2028“** wird die UN-KRK lokal umgesetzt. Der Bericht spiegelt diese Haltung wider: Kinder und Jugendliche sind nicht Objekte von Politik, sondern aktive Gestalter\*innen der Stadt, denen im Sinne der Generationengerechtigkeit Gehör verschafft werden muss.

## Ziele der Arbeit der Beauftragten für Kinder- und Jugendinteressen

Grundlage der Tätigkeit ist ein kinderrechtlich fundiertes Verständnis von Demokratie, Teilhabe und Schutz. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in allen kommunalen Handlungsfeldern systematisch mitgedacht und umgesetzt werden.

Kernziele sind:

- die Verankerung einer **kinderrechtlichen Haltung** in Verwaltung und Politik,
- die Stärkung **echter Beteiligung** junger Menschen an Entscheidungsprozessen,
- die Verbesserung ihrer **Lebensbedingungen** in Bildung, Freizeit, Mobilität, Gesundheit, Kultur und Stadtentwicklung,
- die Förderung einer **wertschätzenden und diskriminierungsfreien Haltung** gegenüber jungen Menschen.

Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist kein Projekt, sondern ein **gesellschaftlicher Auftrag**, der dauerhaft in Verwaltungshandeln, Planung und Kultur verankert werden muss.

## Aufgabenbereich der Beauftragten

Der Aufgabenbereich der Beauftragten umfasst die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf konzeptioneller, strategischer und praktischer Ebene. Dazu gehört zunächst die Erarbeitung des **Aktionsplans „Kinder- und jugendfreundliche Kommune Potsdam 2025–2028“** unter Beteiligung der entsprechenden Fachämter und der Zielgruppe sowie die **Mitwirkung an dessen Umsetzung**. In städtischen Konzepten – etwa im Bereich Mobilität, Kultur, Soziales oder Stadtentwicklung – bringt die Beauftragte konsequent kinderrechtliche Perspektiven ein. Sie entwickelt Beteiligungsstandards und arbeitet am **Aufbau verbindlicher Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung** nach § 19 der Kommunalverfassung Brandenburg. Zudem fördert sie Pilotprojekte, die Beteiligung, Demokratiebildung und Empowerment stärken, und unterstützt den Aufbau eines Kinder- und Jugendgremiums sowie weiterer Beteiligungsformate auf Stadtteil- und digitaler Ebene.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der **Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für Kinderrechte**. Die Beauftragte führt **Öffentlichkeitsarbeit** durch, etwa über Kampagnen, Pressearbeit, Social Media und Veranstaltungen, und organisiert stadtweite Aktionstage wie den Weltmädchentag am 11. Oktober, den Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November oder Aktionen zu anderen thematischen Anlässen rund um Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus initiiert sie Schulungen und Fortbildungen für Verwaltung, Politik und Fachkräfte, um eine kinderrechtliche Haltung und Beteiligungskultur zu stärken, und fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Fachkräften, Schulen, Vereinen und der Verwaltung.

Im Bereich der Beteiligung unterstützt und berät die Beauftragte verschiedene Kinder- und Jugendgremien wie den **Kinder- und Jugendbeirat**, Jugendforen oder Beteiligungsinitiativen. Sie wirkt in politischen Gremien wie dem Jugendhilfeausschuss mit, initiiert Beteiligungsprozesse bei Bau- und Stadtentwicklungsprojekten und begleitet Jugendinitiativen bei Anträgen, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen mit Fachämtern.

Schließlich berät sie Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in allen Fragen der Kinderrechte. Sie nimmt eine Ombudsfunktion für die Interessen junger Menschen ein, berät bei gesetzlichen und konzeptionellen Vorhaben auf kommunaler Ebene, vermittelt zwischen Verwaltung, Jugendhilfe und Zivilgesellschaft bei Beteiligungsfragen und sensibilisiert politische Entscheidungsträger\*innen für die Anliegen und Rechte von Kindern und Jugendlichen.

## Die Perspektive von jungen Menschen in der aktuellen Zeit

Kinder und Jugendliche sind das Zentrum unserer Gesellschaft – sie sind die Gegenwart und die Zukunft gleichermaßen. Doch in unserer Gesellschaft wirken sie oft wie eine „unsichtbare Minderheit“. Die aktuelle Kindheit und Jugend findet in einer alternden Gesellschaft mit unterschiedlichen, zum Teil entgegengesetzten Bedürfnissen statt, in der die **Stimmen der Jüngsten in politischen und gesellschaftlichen Prozessen überhört werden**. Falls überhaupt danach gefragt wird. Die Lebensrealität vieler junger Menschen ist geprägt von Dauerkrisen, demografischem Wandel, zunehmender Ungleichheit und vielfältigen Herkunftshintergründen – kurz: In vielen Fällen befinden sich Kinder und Jugendliche am Rande unserer gesellschaftlichen Debatten.

### *Wie geht es Kindern und Jugendlichen in Potsdam?*

Auch in Potsdam, spiegelt sich diese Dynamik wider: Laut dem Stadtjugendring Potsdam wächst in der Stadt ein steigender Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte auf – rund 23 % der jungen Menschen im Alter von 6 bis 21 Jahren hatten 2021 bereits einen Migrationshintergrund, ein Anteil, der weiter steigt.<sup>1</sup> Diese jungen Menschen brauchen eine stärkere Beteiligung, **mehr Selbstbestimmung und eine konsequentere Einbindung ihrer Rechte im städtischen Kontext**. Diese Forderungen sind nicht neu – sie stehen in Einklang mit bundesweiten Analysen über fehlende Beteiligungsrechte.

### *Gerechtigkeit als Herausforderung: Gleichheit ist nicht mehr genug*

Gleichheit im Sinn einer universellen, einheitlichen Behandlung reicht heute nicht mehr aus. So betonen aktuell der Soziologe Aladin El-Mafalani und seine Co-Autor\*innen, **Kindheiten seien zunehmend „superdivers“** – geprägt von unterschiedlichen familiären, sozioökonomischen und kulturellen Hintergründen.<sup>2</sup> Gerechtigkeit muss demnach individualisierter gedacht werden: Gleichbehandlung führt nicht automatisch zu Chancengleichheit, wenn die Grundvoraussetzungen ungleich verteilt sind (etwa bei Armut, Bildung oder Lebensumfeld).

### *Vielfalt und Diversität in der heutigen Gesellschaft*

**Die Gesellschaft von heute ist vielfältiger denn je** – auch unter Kindern und Jugendlichen. Herkunft, Familiensituation, Bildungserfahrungen oder digitale Lebenswelten unterscheiden sich stark. Diese Diversität darf kein Hindernis für Beteiligung sein, sondern muss aktiv als Potenzial verstanden werden. Es wird deutlich, dass Kinder mit unterschiedlichen Hintergründen oft in sehr verschiedenen Lebensrealitäten aufwachsen – und dass politische Strukturen das erkennen und einbinden müssen.

### *Der demografische Einfluss auf Beteiligungsmöglichkeiten*

Ein zentrales Argument des Soziologen: **Durch den demografischen Wandel ist die junge Generation zahlenmäßig geschwächt und verliert politischen Einfluss. Ältere Generationen dominieren die politischen Mehrheiten**, was dazu führen kann, dass Investitionen in Kinderrechte, Bildung oder langfristige Zukunftsthemen deutlich unterrepräsentiert sind. In einer solchen Gesellschaft braucht es

---

<sup>1</sup> <https://sjr-potsdam.de/projekte/inhaltlicher-newsletter-nr-1-kinderrechte-gemeinschaftsunterkuenfte-und-wohnen-in-potsdam?>

<sup>2</sup> <https://www.kiwi-verlag.de/buch/aladin-el-mafalani-sebastian-kurtenbach-kinder-minderheit-ohne-schutz-9783462007527?>

Schutzmechanismen – vergleichbar mit Minderheitenrechten –, um sicherzustellen, dass Kinder nicht dauerhaft übergangen werden.

#### *Chancengerechtigkeit herstellen – der Wert eines Kinder- und Jugendbeirats*

Ein formales Gremium wie ein Kinder- und Jugendbeirat kann sehr wirkungsvoll sein – aber nur, wenn es echte Unterstützung erhält. Das Deutsche Kinderhilfswerk macht deutlich, dass viele Beteiligungsrechte zwar formal existieren, aber strukturell nicht hinreichend verankert sind.<sup>3</sup> **Ohne politische Rückendeckung, finanzielle Mittel und eine ernst gemeinte Partizipationskultur bleibt Beteiligung oft symbolisch.**

#### *Demokratiebildung ist mehr als ein Wort*

Demokratiebildung ist kein abstraktes Konzept, sondern existenziell für eine inklusive Gesellschaft. Der Kinderreport 2024 zeigt, dass **viele junge Menschen das Gefühl haben, ihre Meinung werde nicht ausreichend gehört**: 91 % fordern, dass ihre Interessen stärker in der Politik berücksichtigt werden, und 89 % wünschen sich mehr Diskussionen zu aktuellen politischen Themen in der Schule.<sup>4</sup> Gleichzeitig braucht demokratische Bildung eine Infrastruktur – Räume der Mitbestimmung, Beteiligung und Aushandlung – und nicht nur symbolische Gremien. Wenn junge Menschen echte Einflussmöglichkeiten erfahren, werden sie nicht nur Teil der Demokratie, sondern gestalten sie aktiv mit.

#### *Die besondere Lage von Kindern und Jugendlichen*

Kinder und Jugendliche befinden sich in einer **prägenden Lebensphase: Sie haben noch kein Wahlrecht und damit formal weniger Einfluss, erleben aber gleichzeitig fundamentale Entwicklungen**, die ihre Zukunft stark beeinflussen. Dieser Zustand wird als strukturelle Benachteiligung bezeichnet: Die Jüngsten tragen schon heute die Folgen von Krisen (Klimawandel, Digitalisierung, geopolitische Konflikte) mit – und müssen zukünftig auch die Verantwortung übernehmen. Das macht sie zu zentralen, aber zugleich verletzlichen Akteur\*innen in unserer Demokratie.

In Potsdam, wie auch deutschlandweit, leben junge Menschen mitten im Umbruch: demografischer Wandel, soziale Ungleichheiten, Vielfalt, Dauerkrisen. Ihre Lage ist komplex, aber nicht hoffnungslos – im Gegenteil: Sie birgt Potenzial zur Transformation. Ein gut unterstützter Kinder- und Jugendbeirat, gekoppelt mit institutionellen Reformen und einem echten Generationenschutz, kann ein starkes Instrument sein. El-Mafalani fordert ein fundamental neues Denken: **Kinder dürfen nicht länger am Rand stehen, sie müssen ins Zentrum gerückt werden. Ihre Stimme ist nicht nur legitim – sie ist grundlegend für eine demokratische, zukunftsfähige Gesellschaft.**

---

<sup>3</sup> <https://www.dkhw.de/informieren/unsere-themen/beteiligung/child-participation-assessment-tool/>

<sup>4</sup> <https://shop.dkhw.de/STUDIE-Beteiligungsrechte-von-Kindern-und-Jugendlichen-in-Deutschland>

## Kinderrechte in der Praxis: Fortschritte und Herausforderungen

Die Kinder- und Jugendpolitik in Potsdam hat in den letzten Jahren sichtbare Fortschritte gemacht. Dennoch zeigen sich in der praktischen Umsetzung deutliche Spannungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Kinderrechte sind zwar in der Stadtgesellschaft präsenter, aber **noch nicht strukturell verankert**. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt seit über 35 Jahren – aber **viele ihrer Kernforderungen bleiben unerfüllt**, in der Folge fehlen die konzentrierten Anstrengungen zur systematischen Bekämpfung von Armut, für wirksame Beteiligung, Schutz vor Ausgrenzung und Gewalt. Der Ort, an dem diese Rechte verwirklicht oder verletzt werden, ist die Kommune. Potsdam steht als Landeshauptstadt in besonderer Verantwortung. **Kinderrechte müssen Leitprinzip sein** – nicht nur in Fachdebatten, sondern in Haushaltsplänen, Beteiligungsverfahren, Verkehrsplanungen, Förderentscheidungen und Gremiensitzungen.

### *Kinderarmut, Ausgrenzung und Bildungsungleichheit bekämpfen*

Trotz relativer Wohlstandslage lebt in Potsdam jedes sechste Kind in Armut oder ist armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder aus **Alleinerziehendenhaushalten, Familien mit Migrationsgeschichte oder mit chronischen Erkrankungen bzw. Behinderungen**.<sup>5</sup> Diese Ungleichheiten zeigen sich in schlechteren Bildungsabschlüssen, eingeschränktem Zugang zu Freizeit und höheren Gesundheitsrisiken. Die Kommune trägt Verantwortung dafür, diesen Kindern die Teilhabe an der Stadtgesellschaft zu ermöglichen: durch kostenfreie Angebote, sozialraumorientierte Unterstützung und ressortübergreifende Strategien gegen soziale Spaltung. **Kein Kind darf aufgrund seiner Herkunft von gesellschaftlichen Möglichkeiten ausgeschlossen sein.**

---

<sup>5</sup> <https://www.potsdam.de/de/armutsbericht-fuer-die-landeshauptstadt-potsdam>

# 1. Der Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune Potsdam 2025–2028“

## *Kinderfreundlichkeit als Querschnittsthema*

Kinderfreundlichkeit ist keine Einzelfrage – sie ist ein Maßstab für kommunales Handeln in allen Bereichen: Stadtentwicklung, Mobilität, Bildung, Beteiligung, Gesundheit, Haushaltspolitik und Verwaltungskultur. Kinderfreundliche Kommunen stellen sich die Frage: Was bedeutet diese Entscheidung für junge Menschen – heute und in Zukunft?

Mit dem Beitritt zum Siegelverfahren „Kinderfreundliche Kommune Potsdam“<sup>6</sup> im Jahre 2015 wurden erste wichtige Schritte unternommen. Es gilt weiterhin, dieses Vorhaben in eine spürbare Haltung zu verankern – als Querschnittsprinzip, das alle Fachbereiche, politischen Entscheidungen und Planungsprozesse durchzieht. Kinderfreundlichkeit beginnt nicht in Projekten, sondern in Strukturen.

Der Aktionsplan ist das zentrale Steuerungsinstrument für die Umsetzung der UN-KRK auf kommunaler Ebene. Er umfasst die Handlungsfelder **Beteiligung, Chancengleichheit, Schutz, Bildung, Freizeit, Stadtentwicklung** und **Verwaltungskultur**.

Die Beauftragte begleitet die Umsetzung fachlich. Wesentlich ist, dass der Plan nicht nur symbolisch bleibt, sondern **konkrete, überprüfbare und wirksame Maßnahmen** enthält. Jede Maßnahme muss spezifisch, messbar, realistisch und zeitlich terminiert sein.

**Kritisch:** Viele Maßnahmen hängen von freiwilligem Engagement einzelner Fachbereiche ab. Ohne klare Zuständigkeit und Budget droht der Plan zum Papiertiger zu werden.

### **Empfehlung:**

- Politische Rückendeckung und verbindliche Ressourcenplanung,
- Monitoring und jährlicher Fortschrittsbericht,
- Aufbau eines gesamtstädtischen, fachbereichsübergreifenden Netzwerks „kinder- und jugendfreundliches Potsdam“.

Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist nicht nur ein Siegel, es ist eine Haltung, eine Botschaft und es sagt etwas über eine Stadt aus, die zukunftsgerichtet verstanden hat, dass Kindheiten heute stattfinden, aber die nachwachsenden Generationen unsere Gesellschaft, unser Sozialsystem und unsere demokratischen Werte vorantreiben. Aktionen wie der Weltmädchentag, Kinderrechte-Workshops, Jugendkonferenzen oder sozialräumliche Beteiligung haben gezeigt, wie stark junge Menschen öffentliche Diskurse prägen können, wenn man ihnen den Raum gibt.

Die **Bewusstseinsbildung des Kinder und Jugendliche ein wichtiger Teil einer zukunftsgerichteten kommunalen Identität** sind, darf nicht als „weiches Thema“ behandelt werden – sie ist Voraussetzung für strukturellen Wandel. Wir können es uns als Gesellschaft nicht mehr leisten Kinder zurückzulassen und sie ihren Biographien selbst zu überlassen. Das demographische Ungleichgewicht wird seinen Tribut für diese falsche Prioritätensetzung fordern. Deshalb sprechen wir hier nicht von weichen Themen, sondern hartem, gesellschaftlichem Wandel.

---

<sup>6</sup> 15/SVV/0146 „Siegelverfahren „kinderfreundliche Kommune“; 17/SVV/0386 Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune“; 21/SVV/1356 Abschlussbericht Aktionsplan „kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 – 2020“; 25/SVV/0481 Aktionsplan „kinder- und jugendfreundliche Kommune 2025 – 2028“

## 2. Haltung – das Fundament kinder- und jugendfreundlicher Politik

*- Haltung ist der Anfang von allem -*

Kinderrechte brauchen eine klare Haltung. In Teilen der Verwaltung ist die Sensibilität gegenüber den Belangen junger Menschen gestiegen, dennoch fehlt oft die **verbindliche Verpflichtung**, Kinderrechte systematisch zu prüfen. Noch zu häufig wird über Kinder gesprochen, statt mit ihnen. Eine kinderfreundliche Verwaltung erkennt Kinder und Jugendliche als Expert\*innen ihres Lebens an – nicht als Zielgruppe, sondern als Mitgestaltende.

Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt misst sich nicht an ihrer Selbstdarstellung, sondern an den Lebenswirklichkeiten junger Menschen. Was heißt es, in Potsdam Kind oder Jugendliche\*r zu sein? Wer wird gehört, wer bleibt außen vor? Die Beantwortung dieser Fragen ist kein moralisches, sondern ein politisches Anliegen. **In unserer Stadt beginnt ein Kinderleben. Hier werden Grundsteine gelegt für Gesundheit, Bildung, Teilhabe, Zugehörigkeit und Zukunft.**

Es geht darum, Kinder und Jugendliche stark und handlungsfähig zu machen, ihre Autonomie zu fördern und sie auf ihrem Weg zu eigenständigen, selbstbestimmten und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu begleiten. Diese Haltung und darauf bezogenes Handeln sind auch für die Herausforderungen und Chancen im Hinblick auf die kommunale Daseinsvorsorge zentral.

Die Besonderheiten der beiden ersten Lebensphasen – Kindheit und Jugend – werden in unserer Gesellschaft zu wenig berücksichtigt. Der Maßstab, insbesondere für die politischen Entscheidungs- und Handlungsspielräume, sind nach wie vor erwachsene Menschen. Die Interessen der Jüngsten haben bei den meisten Belangen keinen Vorrang oder werden überhaupt erst gar nicht gesehen.

Eine nachhaltige Haltungsänderung setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche nicht nur als zukünftige Erwachsene betrachtet werden, sondern als vollwertige Menschen in der Gegenwart – mit eigenen Rechten, Bedürfnissen und Perspektiven. Haltung zeigt sich nicht erst im formalen Beteiligungsverfahren, sondern im alltäglichen Umgang, in der Art, wie gesprochen, entschieden und priorisiert wird. Sie prägt Verwaltungsabläufe, politische Entscheidungen, pädagogische Praxis – und damit letztlich das Lebensgefühl junger Menschen in dieser Stadt.

Eine veränderte Haltung entsteht dort, wo Verantwortungsträger\*innen innehalten und sich fragen: *Wessen Stimme fehlt? Welche Folgen hat diese Entscheidung für junge Menschen? Würden wir anders handeln, wenn Kinderrechte klarer im Blick wären?* Dieses bewusste Reflektieren ist der erste Schritt hin zu einem Kulturwandel. Ein solcher Wandel geschieht nicht von selbst – er braucht strukturelle Verankerung, fachliche Kompetenz, institutionelle Unterstützung und eine gemeinsame Sprache über das, was Kinderfreundlichkeit in Potsdam bedeuten soll.

Damit aus einer veränderten Haltung eine gelebte Kultur wird, braucht es verbindliche Rahmenbedingungen und kontinuierliche Lernprozesse: klare Verantwortlichkeiten, Qualifizierung, Räume für Selbstreflexion sowie Routinen, die Kinderrechte zum festen Bestandteil kommunaler Praxis machen. Kulturwandel entsteht, wenn Kinderfreundlichkeit nicht als Zusatzaufgabe betrachtet wird, sondern als Grundauftrag.

Eine kinderfreundliche Haltung wird dann wirksam, wenn sie in Entscheidungsprozesse integriert, von Führungskräften vorgelebt und von allen Mitarbeitenden getragen wird. Dazu gehören:

- **Verbindlichkeit statt Beliebigkeit:** Kinderrechte müssen systematisch mitgedacht werden – nicht nur dort, wo es „gut passt“, sondern überall dort, wo Entscheidungen Auswirkungen auf junge Menschen haben.



- **Wissen statt Annahmen:** Eine gut qualifizierte Verwaltung kann Risiken, Bedarfe und Chancen für junge Menschen besser einschätzen. Fortbildungen zu Kinderrechten, Beteiligungsmethoden und adultismuskritischer Praxis schaffen Sicherheit im Handeln.
- **Reflexion statt Routine:** Haltung bedeutet, das eigene Denken und Entscheiden permanent zu hinterfragen. Es braucht Orte, Formate und Führung, die diese Reflexionsprozesse ermöglichen und ermutigen.
- **Beziehung statt Stellvertretung:** Wer mit jungen Menschen im Austausch steht, erkennt ihre Anliegen früher und kann sie besser einbeziehen. Kinder- und Jugendfreundlichkeit wird aus Begegnung geboren.
- **Mut statt Angst vor Kontrollverlust:** Kinder- und Jugendbeteiligung verändert Entscheidungswege – und genau das ist ihr Mehrwert. Sie schafft Lösungen, die tragfähiger sind, weil sie näher an Lebensrealitäten liegen.

Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt entsteht nicht allein durch Programme oder Projekte, sondern durch eine Haltung, die sich im täglichen Handeln zeigt – in jedem Gespräch, in jeder Entscheidung, in jedem Verwaltungsvorgang.

Kulturwandel bedeutet, dass Kinderrechte nicht nur bekannt sind, sondern *gelebt* werden. Dass wir junge Menschen nicht nur beteiligen, weil wir es sollen, sondern weil wir überzeugt sind, dass es unsere Stadt besser macht.

Es bedeutet, Macht zu teilen, Verantwortung ernst zu nehmen und Kinder und Jugendliche als das zu sehen, was sie sind: gleichwertige Mitglieder unserer Gemeinschaft und zentrale Gestalter\*innen unserer gemeinsamen Zukunft.

#### **Empfehlungen:**

- Einführung eines Kinderrechte-Checks für Verwaltungsentscheidungen („Sind Kinder und Jugendliche von dieser Entscheidung betroffen?“)
- Stärkung der kinderrechtlichen Perspektive durch Diversity- und Adultismuskritik-Schulungen für Mitarbeitende
- Aufbau und Pflege einer wertschätzenden Verwaltungskultur, die Kinder und Jugendliche konsequent ernst nimmt und einbezieht
- Schaffung von strukturellen Rahmenbedingungen, die Beteiligung ermöglichen – nicht nur projektbezogen, sondern dauerhaft
- Verankerung einer kinderfreundlichen Haltung in Führungsleitlinien, Zielvereinbarungen und Qualitätssicherung

### 3. Was benötigt ein Kind bis es groß ist oder wie freiwillig sind notwendige Unterstützungen für ein gesundes Aufwachsen?

Die UN-Kinderrechtskonvention ist seit 1989 geltendes Recht in Deutschland. Sie verpflichtet alle staatlichen Ebenen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen (Art. 3), Beteiligung zu ermöglichen (Art. 12) und die bestmögliche Entwicklung aller Kinder zu gewährleisten. Doch bis heute wird ein Großteil dieser Rechte nicht systematisch umgesetzt. Die **UN-Prüfkommission kritisiert Deutschland seit Jahrzehnten für strukturelle Versäumnisse in der Armutsbekämpfung, Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und Beteiligung**. Kinderarmut, Ausgrenzung und Segregation, Bildungsungleichheit, Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und Migrationsgeschichte verhindern ein gesundes Aufwachsen und die Teilhabe an den gesellschaftlichen Möglichkeiten, die unsere Stadt allen Menschen bieten sollte. Die Aufforderung der UN-Prüfkommission sind hier eindeutig und werden seit 36 Jahren nicht umgesetzt. **Wir verlieren aus dem Blick was eine stabile Gesellschaft ausmacht - das Fundament wird destabilisiert**. Hier in der Kommune, in ihrer Stadt beginnt ein Kinderleben, hier gedeihen Werte und Verantwortung. Was geben wir unseren Kindern in Potsdam und Deutschland mit?

In Potsdam gibt es **viele gute Ansätze: sehr engagierte Fachkräfte, gute Beteiligungsformate, kulturelle Angebote, sozialräumliche Strukturen**. Dennoch zeigen die Rückmeldungen junger Menschen, Fachkräfteberichte und die Auswertung der Beteiligung zum Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“, dass es noch deutliche Herausforderungen gibt: bei der Mitsprache und Mitgestaltung, bei der Chancengerechtigkeit, bei der Verteilung öffentlicher Räume, beim Zugang zu Hilfen oder Beratungsangeboten, bei der Sichtbarkeit junger Lebensrealitäten in politischen Prozessen. Die Entwicklung eines verbindlichen Verfahrens zur **Erfassung und Bewertung kinder- und jugendrelevanter Ausgaben im kommunalen Haushalt** ist ein zentraler Schritt für eine nachhaltige und gerechte Kommunalpolitik. Nur was sichtbar gemacht wird, kann gesteuert, priorisiert und wirksam weiterentwickelt werden. Die Entwicklung eines kommunales kinder- und jugendfreundlichen Haushaltsaufstellungsverfahrens<sup>7</sup> – im Sinne einer **systematischen Ausweisung aller Investitionen in Angebote, Strukturen und Maßnahmen für junge Menschen** – ermöglicht genau das: Transparenz, Vergleichbarkeit und eine belastbare Grundlage für politische Entscheidungen.

Die UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland verbindliches Recht ist, verpflichtet alle staatlichen Ebenen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen (Art. 3) und jedem Kind das Recht auf bestmögliche Entwicklung und Teilhabe (Art. 6, 12 und 31) zu garantieren. Eine kinderrechtlich orientierte Haushaltsführung („Child Rights Budgeting“) ist deshalb kein „Add-on“, sondern ein Ausdruck rechtsstaatlicher Verantwortung – und ein Prüfstein für kommunale Gerechtigkeit. Darüber hinaus sichert die gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen – sei es durch Bildungsangebote, sichere Räume, Beteiligung oder soziale Infrastruktur – die Zukunftsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft. Sie ist **keine freiwillige Leistung**, sondern **eine Investition in die nächste Generation**, in den sozialen Zusammenhalt, in die demokratische Kultur und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats.

Nicht zuletzt ist auch die **Wirksamkeitsprüfung von Maßnahmen** – wie sie zunehmend von Politik und Verwaltung eingefordert wird – auf eine **transparente Darstellung der zugehörigen Kosten** angewiesen. Nur wenn bekannt ist, wie viel wo investiert wird, lassen sich Wirkungen differenziert bewerten und Handlungsspielräume realistisch einschätzen.

---

<sup>7</sup> Beschlussvorlagen 23/SVV/0394 und Mitteilungsvorlage 25/SVV/0298 „Sachstandsbericht Kinderfreundliches Haushaltsaufstellungsverfahren“

Investitionen in die nächste Generation sind keine freiwillige Wohltat, sondern eine gesellschaftliche Pflicht. Eine transparente, gerechte und systematische Förderung von Kindern und Jugendlichen legt den Grundstein für eine stabile, inklusive und zukunftsfähige Kommune. Kinderrechte als Leitlinie zu verankern bedeutet, heute kluge Entscheidungen für morgen zu treffen.

#### Empfehlung:

- Alle politischen und administrativen Entscheidungen systematisch auf ihre Auswirkungen auf Kinderrechte prüfen (**Kinderrechte-Check**).
- Sensibilisierung und Schulungen für Mitarbeitende zu UN-Kinderrechtskonvention, Kinderfreundlichkeit und adultismuskritischer Praxis.
- Nutzung der Haushaltsdaten als Grundlage für fundierte Entscheidungen und kontinuierliche Verbesserung der Angebote.
- Langfristige Investitionsperspektive: Kinder- und Jugendförderung nicht als freiwillige Leistung, sondern als strategische Investition in die Zukunft der Stadt und Gesellschaft betrachten.

## 4. Die Rolle der Beteiligung – vom Anspruch zur Alltagspraxis

### *Zusammenfassung der Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren in Potsdam (2018–2025)*

Seit Inkrafttreten des §18a BbgKVerf im Juli 2018 – heute §19 – hat die Landeshauptstadt Potsdam eine große Bandbreite an Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen umgesetzt. Die Verfahren wurden überwiegend vom **Kinder- und Jugendbüro (Stadtjugendring Potsdam)** begleitet, in enger Zusammenarbeit mit der **Kinder- und Jugendbeauftragten**, der **WerkStadt für Beteiligung**, Schulen, Horten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie verschiedenen freien Trägern, kommunalen Bereichen und Planungsbüros.

Die Beteiligungsprozesse bezogen sich auf drei zentrale kommunale Aufgabenfelder: **Spiel- und Freiflächen**, **Stadtentwicklung** und **Schulbau**.

#### *1. Beteiligung an Spielplätzen, Skateplätzen und Freiflächen*

Zwischen 2019 und 2024 fanden zahlreiche Beteiligungsformate zu Neu- und Umbau öffentlicher Freiflächen statt. Die Formate reichten von Workshops über Befragungen bis hin zu Wunschbriefkästen. Insgesamt beteiligten sich hier **weit über 600 Kinder und Jugendliche** an konkreten Planungsprozessen.<sup>8</sup> Beispiele:

- **Urwaldspielplatz Waldstadt II (2024)** – Workshops mit ca. 50 Kindern in Kooperation mit Hort, Kinderclub und Stadtteilnetzwerk.
- **Skatepark Volkspark (2024)** – Workshop mit ca. 30 Jugendlichen.
- **Spielplatz Heinrich-Mann-Allee (2023)** – Workshop mit ca. 25 Kindern.
- **Skatepark & Spielplatz Schlaatz (2022/23)** – umfassendes Verfahren mit ca. 60 Teilnehmenden.
- **Freizeitfläche Nuthepark (2021 & 2024)** – Workshops und große Online-Umfrage mit insgesamt 240 Jugendlichen.

---

<sup>8</sup> Vollständige Auflistung siehe Beantwortung kleine Anfrage 25/SVV/0106

- Weitere Beteiligungen u. a. bei Sanierungen in Babelsberg, Potsdam-West, Golm, Waldstadt sowie am Skatepark "E-Park".

Die Projekte zeigen: **Beteiligung ist im Bereich der Freiflächenplanung inzwischen etabliert, vielfältig und gut vernetzt.**

## *2. Beteiligung in der Stadtentwicklung*

Auch über klassische Kinder- und Jugendthemen hinaus wurden junge Menschen systematisch in gesamtstädtische Planungsprozesse einbezogen. Methoden: Online-Fragebögen, Workshops, Stadt-Streifzüge. Insgesamt nahmen hier **rund 850 Kinder und Jugendliche** teil. Beispiele:

- **Radverkehrskonzept (2024)** – Online-Beteiligung in Kooperation mit Stadtentwicklung und KiJu-Akteuren.
- **Stadtentwicklungskonzept Verkehr (2023)** – Kombination aus Fragebogen & Workshop, mit rund **500 Teilnehmenden**.
- **Innenstadt Straßenräume (2022)** – Stadt-Streifzüge und Werkstattverfahren.
- **INSEK (2020)** – Workshop mit ca. 30 Teilnehmenden.
- **Fußverkehrskonzept (2019)** – Fragebogen mit **270 Kindern und Jugendlichen**.

Die Verfahren belegen, dass Kinder und Jugendliche als Expert\*innen ihres Lebensumfelds immer häufiger in übergeordnete Planungsprozesse einbezogen werden.

## *3. Beteiligung im Schulbau*

Im Bereich Schulentwicklung wurden seit 2018 zahlreiche Schulhof- und Schulneubauplanungen gemeinsam mit Schüler\*innen gestaltet. Rund **900 Kinder und Jugendliche** wurden einbezogen.

Beispiele:

- **Comenius-Schule (2023)** – Workshop mit 25 Schüler\*innen.
- **Rosa-Luxemburg-Grundschule (2021/22)** – große Umfrage (450 Kinder) plus Workshop (20 Kinder).
- **Waldstadt-Grundschule (2021)** – Umfrage mit 180 Kindern.
- **Voltaire-Gesamtschule (2021)** – Online-Workshop und Befragung mit ca. 70 Jugendlichen.
- **Neubau Schule am Schloss (2020)** – Workshop im Rahmen des Schulneubaus.
- Weitere Verfahren bei Einrichtungen in Bornstedt und Babelsberg.

Hier zeigt sich: Es ist äußerst sinnvoll **Schulhöfe und Lernumfelder gemeinsam mit den Nutzenden, für die sie gebaut werden, zu entwickeln.**

Diese Aufzählung dient als Überblick und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Viele kleine Initiativen sind hier noch nicht aufgeführt und bilden nicht ab, was Fachkräfte in ihren Einrichtungen selbstständig umsetzen, zum Beispiel in Hort- oder Klassenräten oder Schulprojekten.

In der Analyse der Verfahren und den Projektverläufen wird deutlich, dass **kontinuierliche und niedrigschwellige Beteiligungsangebote notwendig sind**, insbesondere:

- langfristige Beteiligungsgremien für bestimmte Themenfelder
- bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und / Migrationsgeschichte (v. a. ab 14 Jahren)
- digitale Bausteine
- stärkere Verankerung in Fachbereichen

Alle vom Kinder- und Jugendbüro begleiteten Beteiligungsverfahren werden **online transparent dokumentiert**, einschließlich Ergebnissen und Verfahrensstand.  
(Dokumentation über die Website des Stadtjugendrings.<sup>9</sup>)

Eine **mittel- bis langfristige Erarbeitung eines stadtweiten Beteiligungskonzeptes** wird von verschiedenen Stellen als sinnvoll und notwendig betrachtet. Wie werden Kinder und Jugendliche projektbasiert und systematisch in Potsdam beteiligt? Diese Aufgabe ist als Maßnahme bereits Bestandteil des zweiten Aktionsplans „kinder- und jugendfreundliche Kommune 2025 – 2028.

Potsdam verfügt inzwischen über eine **breite und stabile Beteiligungspraxis**, die mehr als 2.300 Kinder und Jugendliche in zentralen kommunalen Planungen einbezogen hat. Die Verfahren sind vielfältig, gut vernetzt und in vielen Fachbereichen gängige Praxis. Gleichzeitig besteht Entwicklungsbedarf bei der Dokumentation kommunaler Projekte, der Nachverfolgung von Ergebnissen im Sinne der Transparenz, einer systematischen Evaluation sowie der konzeptionellen Weiterentwicklung der stadtweiten Beteiligungslandschaft.

Mit der geplanten **Gründung des „Kinder- und Jugendbeirats Potsdam“** geht die Landeshauptstadt einen wichtigen strukturellen Schritt zur Stärkung der kommunalen Mitbestimmung junger Menschen. Der Beirat ist als offizielles Selbstvertretungsgremium nach § 17 der Brandenburgischen Kommunalverfassung in der Hauptsatzung der Stadt (§ 3c)<sup>10</sup> verankert und erhält damit einen klar definierten Auftrag: **Anliegen junger Menschen zu bündeln, politische Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen, Stellungnahmen zu verfassen und Impulse in die Stadtverordnetenversammlung sowie deren Ausschüsse einzubringen.** Der Beirat umfasst mindestens drei und maximal zwölf ehrenamtlich tätige Mitglieder im Alter von 10 bis 27 Jahren, die in Potsdam wohnen oder hier zur Schule gehen. Die Benennung erfolgt für zwei Jahre durch die Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage der Vorschläge einer vorgelagerten Jugendkonferenz (Kick-off-Veranstaltung am 6. November 2025). Mit dem geplanten Beschluss am 3. Dezember 2025 entsteht erstmals ein dauerhaftes Gremium, dessen Vertreter\*innen zudem einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss erhalten. Gleichzeitig bleibt klar: **Ein Beirat ist ein Dach – kein Ersatz für die Fundamente der Beteiligung.** Er kann politische Bildung ermöglichen, Beteiligung verbindlicher machen und jungen Menschen eine feste Stimme geben, aber er kann weder die Vielfalt aller Lebensrealitäten noch sozialräumliche Unterschiede vollständig abbilden. **Deshalb braucht es ergänzend starke lokale Beteiligungsstrukturen, inklusive und digitale Formate sowie aufsuchende Arbeit, um auch stille oder marginalisierte junge Menschen zu erreichen.** Der erste Workshop zur gemeinsamen Weiterentwicklung des Gremiums und zur Einführung in kommunalpolitische Prozesse findet am 13. Februar 2026 in Kooperation mit mitmachen e. V., dem Kinder- und Jugendbüro Potsdam, dem Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie dem Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg statt; weitere Termine<sup>11</sup> werden über die städtischen Beteiligungsportale veröffentlicht.

<sup>9</sup> <https://sjr-potsdam.de/kinder-und-jugendbuero/>

<sup>10</sup> <https://www.potsdam.de/de/hauptsatzung-der-landeshauptstadt-potsdam>

<sup>11</sup> <https://www.potsdam.de/de/kinder-und-jugendbeirat-der-landeshauptstadt-potsdam-0>  
<https://mitgestalten.potsdam.de/de/kiju/kiju-projekte>

Zusammenfassend lässt sich sagen, die kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist rechtlich **verankert in der Brandenburgischen Kommunalverfassung §19**, wird allerdings eher projektbezogen statt strukturell umgesetzt. Viele gute Beteiligungsprozesse finden punktuell statt, etwa bei Bauprojekten oder Veranstaltungen. Positiv ist die Vielfalt an **aktiven Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekten** – etwa in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendbüro Potsdam, HochDrei e.V., dem Mädchentreff Zimtzicken, der AWO, der Schulsozialarbeit oder Kita und Horteinrichtungen um nur einige zu benennen.

Herausfordernd bleibt, Beteiligung **verbindlich und repräsentativ** zu gestalten – also nicht nur „die Engagierten“, sondern auch **die leisen und marginalisierten Stimmen** zu hören. Kinder und Jugendliche mit Behinderung, mit Migrationsgeschichte oder aus sozial benachteiligten Familien sind bislang deutlich unterrepräsentiert. Dafür bedarf es angepasster Formate und persönliche Ansprache auf Augenhöhe.

#### Empfehlungen:

- Aufbau einer **konzeptionellen Beteiligungsstruktur mit klaren Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung**,
- Festlegung von **Mindeststandards** (z. B. Feedbackpflicht, Dokumentation, niedrigschwellige Zugänge),
- neben der **digitalen Beteiligungsplattform mitgestalten.potsdam.de**, benötigt Kinder- und Jugendbeteiligung auch eine lokale Verortung in den Sozialräumen,

#### *Stadtplanung mit dem BeteiligungsKit<sup>12</sup>*

Mit dem neuen Workshop-Kit „**StadTräume – Jugend Macht Stadt**“ erweitert die Landeshauptstadt Potsdam ab dem 1. Oktober 2025 ihre **Beteiligungsinstrumente für junge Menschen**. Entwickelt und verantwortet wurde das Projekt von der Kinder- und Jugendbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen des Modellprojekts Smart Cities Potsdam – gemeinsam mit Jugendlichen, Lehrkräften und Mitarbeitenden der Verwaltung sowie der Fachhochschule Potsdam, in einem zweijährigen Co-Design-Prozess. **Das Kit richtet sich vor allem an Schulen der Sekundarstufe II und eröffnet jungen Menschen die Möglichkeit, zu realen Fragestellungen der Stadtplanung Stellung zu nehmen.** Im Gegensatz zu Planspielen arbeitet es an konkreten Orten und Themen, etwa zur Entwicklung neuer Jugendorte, zur Gestaltung öffentlicher Räume oder zu Zukunftsideen für die Stadt. **Schulen bieten hierfür einen besonders geeigneten Rahmen**, da Jugendliche dort regelmäßig zusammenkommen und **Beteiligung direkt in den Unterricht integriert werden kann**. Mit leicht umsetzbaren Methoden – von Prototyping über Storytelling bis zu kreativen digitalen Formaten – unterstützt das Kit sie dabei, ihre Perspektiven klar und wirksam einzubringen. Ziel ist es, demokratisches Handeln erfahrbar zu machen und jungen Stimmen in der Stadtplanung mehr Gewicht zu verleihen. Lehrkräfte können das Kit eigenständig nutzen; die Verwaltung wiederum profitiert bewusst von den Ergebnissen und Impulsen der jungen Stadtgesellschaft.

---

<sup>12</sup> <https://www.smart-city-dialog.de/wissen/blog/von-der-idee-zum-workshop-kit-stadtplanung-im-klassenzimmer> und <https://smartcity.potsdam.de/de/ideenwettbewerb-smart-city-und-workshop-kit-stadtraeume-jugend-macht-stadt>

## *Kinder- und Jugendbudget<sup>13</sup>*

Ein besonderes Highlight für junge Menschen in Potsdam ist der Start des Kinder- und Jugendbudgets in diesem Sommer, das vom Kinder- und Jugendbüro Potsdam umgesetzt wird. Zum ersten Mal haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, eigene Projektideen aktiv umzusetzen und dafür finanzielle Mittel zu beantragen – dabei können Projekte mit bis zu 1.000 € gefördert werden. Das Gesamtbudget beträgt jährlich 30.000 €. Besonders wertvoll ist, dass Kinder und Jugendliche die Projekte selbstwirksam planen und schnell umsetzen können, ohne lange Bewilligungsverfahren abwarten zu müssen. Ob Kunst, Sport, Umwelt, Kultur, Bildung, Medien oder soziales Engagement – die Vielfalt der realisierbaren Projekte ist beeindruckend.

### **Zwischenstand:**

Für das zweite Halbjahr 2025 wurde die Hälfte des Gesamtbudgets für die Projektförderung, an das Kinder- und Jugendbüro ausgereicht. Bislang sind **15 Anträge** eingegangen, von denen **8** bewilligt wurden – mit einer Gesamtbewilligungssumme von **11.640 €**. Zwei weitere Projekte befinden sich aktuell in der Entscheidungsphase; es wird von einer Förderhöhe von insgesamt **2.190 €** ausgegangen. Es bestehen weiterhin laufende Gespräche mit verschiedenen Gruppen, sodass eine vollständige Ausschöpfung der Mittel als wahrscheinlich eingeschätzt wird. Zusätzlich zu den eingereichten Anträgen lagen zahlreiche Voranfragen vor, bei denen aufgrund der begrenzten Mittel bereits im Vorfeld auf die voraussichtlich nicht ausreichende Budgethöhe hingewiesen wurde. Abschließend erfolgt jährlich eine Evaluation der eingegangenen Anträge.

Das Kinder- und Jugendbudget ist damit nicht nur ein finanzielles Förderinstrument, sondern auch ein **starkes Signal der Anerkennung**: Kinder und Jugendliche erhalten eine echte Chance, ihre Ideen und Talente sichtbar zu machen und aktiv ihre Lebenswelt mitzugestalten. Dieses Angebot setzt Maßstäbe für Partizipation und demokratische Mitwirkung der jungen Generation in Potsdam.

## **5. Freizeit, Kultur und öffentliche Räume**

### *Jugendliche im öffentlichen Raum – zwischen Teilhabe und Verdrängung*

#### *Oder Warum Babelsberg so spannend ist und Jugendorte wichtig für eine lebendige Stadt sind?*

**Jugendliche haben ein Recht auf öffentliche Räume** – zum Treffen, Ausprobieren, Erholen, Sichtbarsein. Doch in vielen Stadtteilen erleben sie Verdrängung, Kontrolle oder Nichtbeachtung. Oft werden ihre Aufenthalte als „Problem“ wahrgenommen – nicht als Ausdruck von Normalität. Jugendliche im öffentlichen Raum sind ein selbstverständlicher und notwendiger Teil des Stadtbildes. Die Phase des Heranwachsens ist geprägt von dem Bedürfnis nach Autonomie, sozialer Erprobung und konsumfreien Orten, an denen junge Menschen zusammen sein können – ohne permanente Kontrolle, aber mit der Möglichkeit, Verantwortung für das eigene Miteinander zu übernehmen. Kritisch betrachtet entsteht Spannung oft dort, wo solche Räume fehlen oder wo gesellschaftliche Erwartungen an Ruhe, Ordnung und „Nutzungsdisziplin“ mit jugendtypischen Ausdrucksformen kollidieren. Der Stadtteil Babelsberg übt dabei eine besondere Anziehungskraft auf Jugendliche aus ganz Potsdam aus: Die urbane Mischung aus öffentlichen Plätzen, Grünflächen und einer hohen Aufenthaltsqualität mit Cafés, kleinen Läden und Supermärkten schafft attraktive Treffpunkte. Zugleich bietet der Stadtteil durch seine belebten Straßen und die gute Anbindung eine wahrgenommene Sicherheit, die für viele junge Menschen wichtig ist – gerade auch im Schutz vor Konflikten mit anderen Jugendgruppen. **Diese Qualitäten führen jedoch zu einer Verdichtung**

---

<sup>13</sup> <https://kinderundjugendbudget-potsdam.de/>

**jugendlicher Präsenz**, wodurch Vorfälle wie Vandalismus oder Lärmbelästigung stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Die Herausforderung besteht darin, die legitimen Entwicklungsbedürfnisse junger Menschen anzuerkennen und gleichzeitig gemeinsam mit ihnen Lösungen zu entwickeln, die den **öffentlichen Raum für alle** gut nutzbar machen.

Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt gestaltet öffentliche Räume aktiv mit jungen Menschen und stellt ihnen Plätze zur Verfügung, die **sicher, zugänglich, attraktiv und niedrigschwellig nutzbar** sind. Es braucht keine neuen Vorschriften, sondern neue Haltungen: **Junge Menschen gehören selbstverständlich ins Stadtbild**. Die Lebensqualität junger Menschen hängt stark von ihrer Umgebung ab. In Potsdam sind viele Freizeit-, Sport- und Kulturangebote qualitativ hochwertig – jedoch **ungleich verteilt**. Die zunehmende Kommerzialisierung und Flächenknappheit erschweren die Schaffung selbstverwalteter Räume. Jugendliche berichten, dass sie sich im öffentlichen Raum oft unerwünscht fühlen und sogar anlasslosen Kontrollen der Polizei ausgesetzt sind. Hier zeigt sich ein **grundsätzliches Haltungsproblem**: Kinder und Jugendliche werden nicht als selbstverständlicher Teil des Stadtlebens gesehen, sondern oft als „Störfaktor“.

#### **Empfehlung:**

- Ausbau offener Jugendräume und selbstverwalteter Treffpunkte,
- Beteiligung junger Menschen an Stadtgestaltung,
- Förderung temporärer Nutzungen und kultureller Jugendprojekte.

## **6. Bildung, Übergänge, Schulabsentismus und Schulangst**

In Potsdam zeigt sich ein **deutlicher Anstieg der gemeldeten Fälle von Schuldistanz**: Während im Schuljahr 2021/22 insgesamt 695 Schüler\*innen betroffen waren, stieg diese Zahl im Schuljahr 2023/24 auf 1.041. Diese **Entwicklung ist in allen Schulformen zu beobachten**. Im Schuljahr 2023/24 betraf Schuldistanz in Prozent ausgedrückt die Grundschulen zu 1,4 % (hier wirken häufig noch entschuldigende Eltern), Förderschulen zu 5,4 %, Gesamtschulen zu 13,8 %, Oberschulen zu 9 % und Gymnasien zu 1,1 %.

**Jährlich verlassen über 5 % der Schüler\*innen in Potsdam die Schule ohne Abschluss**, wobei an Förderschulen etwa zwei Drittel der Schüler\*innen die Schule ohne Abschlusszeugnis verlassen. Schuldistanz zeigt sich häufig bereits lange vor dem tatsächlichen Fernbleiben vom Unterricht. Dabei kann passive Schuldistanz auftreten, bei der Schüler\*innen zwar regelmäßig am Unterricht teilnehmen, aber gedanklich abwesend sind, nicht mitarbeiten oder verträumt wirken. Aktiv äußert sie sich durch Störungen, hohe Konfliktbereitschaft oder offenes Desinteresse. Solche Fälle werden in den offiziellen Statistiken nicht erfasst, sind jedoch besonders relevant für präventives Handeln.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat das Jugendamt eine Projektgruppe gebildet, bestehend aus den Trägern der Schulsozialarbeit und dem Staatlichen Schulamt Brandenburg a.d.H. Eine Befragung zeigte, dass die **Ursachen von Schuldistanz** sehr vielfältig und individuell sind. **Häufig wirken mehrere Faktoren zusammen**, darunter familiäre Probleme, die Einflussnahme außerschulischer Peer-Groups, Mediensucht, Konflikte mit Lehrkräften, Über- oder Unterforderung, Leistungsdruck, Lernbeeinträchtigungen, psychische Erkrankungen, Mobbing sowie Desinteresse oder fehlende Unterstützung der Eltern.

Als nächste Schritte sollen der Handlungsleitfaden für Schulen überarbeitet, eine Übersicht über Unterstützungsangebote erstellt und die bestehende Steuerungsgruppe weitergeführt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf sogenannten Schwerpunktschulen sowie auf der gezielten Bearbeitung des



Themas Schulabgang ohne Abschluss, um frühzeitig entgegenzuwirken und individuelle Fördermöglichkeiten zu schaffen.

### *Übergänge gut gestalten – ein Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit*

Die Übergänge im Bildungssystem – von der Kita zur Grundschule, vom Hort zur weiterführenden Schule, von dort in Beruf oder Studium – sind für Kinder und Jugendliche zentrale Weichenstellungen. Sie entscheiden maßgeblich über Teilhabe, Selbstvertrauen und Entwicklungschancen. Sie sind geprägt von guten Erfahrungen und wertschätzenden Bezugspersonen. Die Gestaltung gelingender Übergänge ist ein zentraler Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit, denn unbegleitete oder schlecht vorbereitete Übergänge können ebenfalls frühzeitig zu Schuldistanz und Schulangst führen. Diese Übergänge müssen strukturell begleitet, individuell unterstützt und systematisch gestaltet werden: mit Übergangslots\*innen, multiprofessionellen Teams, guten Informationsketten, einem kindgerechten Tempo – und vor allem mit Dialogbereitschaft zwischen den Institutionen. Kein Kind darf „zwischen den Systemen“ verloren gehen. Bildungsgerechtigkeit bleibt eines der zentralen Themen. Potsdam verfügt über engagierte Schulen und eine starke Trägerlandschaft, dennoch bestehen gravierende **strukturelle Probleme**:

- Mangel an Schulsozialarbeit, der Bedarf spiegelt sich in den hohen Anfragen,
- steigende psychische Belastungen auf Seiten der Kinder und der Fachkräfte,
- unzureichende Mitspracherechte von Schüler\*innen in ihrem Umfeld Schule,
- Herausforderungen bei institutionellen Übergängen und Berufsorientierung.

### **Empfehlung:**

- Ausbau sozialpädagogischer Unterstützungsangebote, nicht Abbau!
- sozialräumliche Vernetzung stärken - Kooperationen zwischen Schulen, Jugendamt, Schulsozialarbeit und außerschulischen Trägern fördern,
- institutionelle Verankerung von Beteiligung an Schule über die Möglichkeiten des Kreisschülerrats hinaus,
- Ausbau der Unterstützung von Förderschulen,
- Ausbau von Projekten gegen Mobbing, Leistungsdruck und Schulangst.

## 7. Schutz und psychosoziale Gesundheit

Kinder- und Jugendarmut, psychische Belastungen und familiäre Krisen haben zugenommen. Die Zahl junger Menschen, die Beratung, Therapie oder Schutz benötigen, ist seit Corona gleichbleibend hoch – gleichzeitig sind Fachkräfte und Ressourcen knapp. **Die psychische Gesundheit junger Menschen ist durch Pandemie, Leistungsdruck, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Unsicherheiten stark belastet.** Dazu kommen globale Krisen wie weltpolitische Themen, Kriege und Klimaveränderungen, die nicht selten Zukunftsängste bei Kindern und Jugendlichen hervorrufen. Die 6. und 7.

Befragungsrunde der COPSY-Studie<sup>14</sup> (Corona und Psyche) zeigt auf, dass die **psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auch heute weiterhin unter Vor-Corona-Niveau liegt.**

In Potsdam wie bundesweit **steigt die Zahl** von Kindern mit Angststörungen, depressiven Symptomen und psychosozialen Belastungen. Mitglieder der AG LeRiKo<sup>15</sup> (AG zur Förderung der Lebens- Risiko- und Konsumkompetenz von Kindern und Jugendlichen in der LHP, u.a. die Fachstellen für Seelische Gesundheit und Konsumkompetenz von Chill out e.V., Schulsozialarbeit, Medienwerkstatt, Polizei, Jugendamt) des Fachbereichs Öffentlicher Gesundheitsdienst berichten in diesem Zusammenhang auch von **verstärkt beobachteten Medikamentenkonsum** im Schulkontext, dem Auftreten von **Essstörungen**. Die Kommune kann und muss hier präventiv und unterstützend wirken – **durch Räume der Begegnung, stabile Beziehungsangebote, frühzeitige Beratung, aufsuchende Arbeit** und eine kinder- und jugendfreundliche Stadtgestaltung, die Stress reduziert statt erzeugt. Sich im freien aufzuhalten und Freunde zu treffen, senkt Stresssymptome signifikant. Auch die **Aufwertung der Kinder- und Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein zentraler Hebel.**

### Empfehlung:

- Ausbau der Prävention in Kontext der unterschiedlichen Settings
- Sicherstellung niedrigschwelliger Zugänge zu Beratung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien und Zugehörigen,
- kommunale Strategie zur Förderung psychischer Gesundheit,
- all das zusammengefasst in einem auskömmlich mit Personal ausgestatteten kommunalen kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD).

---

<sup>14</sup> <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>

<sup>15</sup> <https://www.potsdam.de/de/suchtpreventionsuchthilfe>

## Fazit und Ausblick

*Wer junge Menschen stärkt, stärkt die Stadtgesellschaft*

Eine Stadt, die ihre Kinder nicht sieht, verliert ihre Zukunft. Eine Stadt, die ihre Jugendlichen nicht hört, verliert ihre Innovationskraft. Und eine Stadt, die ihre Verantwortung nicht wahrnimmt, verliert ihre Glaubwürdigkeit. **Kinderfreundlichkeit ist keine pädagogische Frage – sie ist politischer Maßstab.** Es liegt in unserer Hand, welchen Platz wir Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt einräumen. Und ob wir das Versprechen einer gerechten, demokratischen und lebenswerten Stadtgesellschaft einlösen. Auch in Potsdam bestehen diese Herausforderungen. Kinderarmut, soziale Segregation, Bildungsungleichheit und die Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum widersprechen dem Bild einer offenen und gerechten Stadt.

**Die Lage von Kindern und Jugendlichen in Potsdam ist insgesamt gut, aber nicht gerecht.** Es gibt große Unterschiede zwischen Stadtteilen, zwischen Kindern mit und ohne Behinderung, mit und ohne Armutserfahrung. Die größte Herausforderung bleibt, **Beteiligung und Schutz systematisch zu verankern** und Kinderrechte in Verwaltungshandeln umzusetzen. Die Beauftragte versteht ihre Aufgabe als **Brückenfunktion** zwischen jungen Menschen, Verwaltung und Politik. Sie sieht die Notwendigkeit, nicht nur Strukturen zu schaffen, sondern Haltungen zu verändern.

**Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist kein Zustand, sondern ein Prozess.**

Ein Prozess, der Mut, Selbstkritik und klare Prioritäten erfordert.

Potsdam kann und sollte Vorbild sein im Land Brandenburg – eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche selbstverständlich mitsprechen, mitgestalten und mitentscheiden. Kinder und Jugendliche in Potsdam wachsen unter sehr unterschiedlichen Bedingungen auf. Während manche in stabilen Verhältnissen gefördert werden, erleben andere Ausgrenzung, Armut, Segregation und fehlende Teilhabe. Bildungsungleichheit, unzureichende Unterstützungssysteme, soziale Unsicherheit und strukturelle Benachteiligung – insbesondere Kinder mit Behinderungen oder Migrationsgeschichte. **Diese Ungleichheiten im Aufwachsen sind nicht nur Einzelfälle, sondern eine politische Aufgabe.** Denn sie verhindern, dass junge Menschen die Chancen ergreifen können, die unsere Stadt ihnen eigentlich bieten sollte. Beispielsweise ein Praktikumsplatz zu finden oder einen guten Schulabschluss machen zu können trotz Gehörlosigkeit oder Deutsch als Fremdsprache.

Eine systematische Bekämpfung der Kinderarmut, eine kindgerechte Beteiligungskultur, eine inklusive Bildungslandschaft. All das beginnt nicht in Berlin oder Brüssel, sondern **hier: in der Kommune. Hier beginnt ein Kinderleben** – hier prägen wir mit jeder Entscheidung, ob Werte wie Gerechtigkeit, Teilhabe und Verantwortung gelebt oder verletzt werden. Wenn wir zulassen, dass junge Menschen **systematisch benachteiligt werden, schwächen wir das Fundament unserer Gesellschaft.** Wir verlieren aus dem Blick, was eine stabile, solidarische und zukunftsfähige Stadt ausmacht.

**Kinder- und Jugendpolitik darf kein Nebenschauplatz sein.** Sie ist Querschnittsaufgabe und Investition in gesellschaftliche Resilienz. Deshalb braucht es klare politische Prioritäten: eine Politik die Kinder und Jugendliche nicht als weiches Thema ausblendet, eine Verwaltung die die Interessen von jungen Menschen ganz selbstverständlich abfragt und berücksichtigt, ausreichend Fachpersonal in der Jugendhilfe und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ich lade Sie ein, gemeinsam mit mir an einer Haltung zu arbeiten, die junge Menschen ernst nimmt, stärkt und sichtbar macht – nicht nur mit wohlwollenden Worten, sondern mit konsequentem Handeln. Denn wer Kinder und Jugendliche stärkt, stärkt unsere Demokratie, unsere soziale Gerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.